

**Offener Brief des Bundesverbandes Freier Radios an die
AÖR "Offener Kanal Schleswig-Holstein" und die
Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Schleswig-Holstein**

An:

*Peter Willers,
Leiter der AÖR "Offener Kanal Schleswig-Holstein"
Hamburger Chaussee 36
24113 Kiel*

*Oliver Malchow,
Vorstandsvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei im
Landesbezirk Schleswig-Holstein
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel*

Sehr geehrter Herr Willers, sehr geehrter Herr Malchow,

am 31. März 2012 wollen Funktionäre der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Offenen Kanal Lübeck eine ihnen genehme „Berichterstattung“ über den geschichtsrevisionistischen Naziaufmarsch und die antifaschistischen Gegenaktivitäten durchsetzen.

Mit Ihrer Unterstützung, Herr Willers, als Verantwortlicher für die Offenen Kanäle in Schleswig-Holstein soll abermals eine kritische Berichterstattung ver- bzw. behindert werden. Zwei Polizisten, z. T. mit hochrangigen Polizeifunktionen (Polizeichef Ratzeburg, bzw. stellvertretender Vorsitzender der GdP SH) sollen an diesem Tag im Wechsel mit – zum demokratischen Feigenblatt degradierten – freien RedakteurInnen über den Aufmarsch berichten.

Dies würde einen beispiellosen Präzedenzfall direkter Einmischung staatlicher Exekutivorgane in die Freiheit der Presse darstellen. Rundfunk hat in einer Demokratie die Aufgabe, kritisch über die Tätigkeiten von Staatsorganen Bericht zu erstatten. Die grundgesetzlich gebotene Staatsferne des Rundfunks würde somit mit Füßen getreten. Daran ändert auch das Konstrukt nichts, dass die Sendungsmacher als "Privatpersonen" auftreten.

In diesen Übergriffen auf die Freiheit der Berichterstattung, insbesondere bei den Offenen Kanälen, erkennen wir in Schleswig-Holstein eine unrühmliche Tradition:

Bereits im Jahre 2005 wurde eine unabhängige, kritische Berichterstattung zu einem Naziaufmarsch von Ihnen als Leiter der Offenen Kanäle in Schleswig-Holstein durch nächtlichen Austausch der Schlösser verhindert, vorgeblich, weil die Polizei den OK nicht schützen konnte.

Im letzten Jahr wurde im Offenen Kanal Lübeck durch die Polizei abermals in die Berichterstattung über einen Naziaufmarsch behindernd eingewirkt. Zudem wurden Redakteur_Innen während der Ausübung ihrer Tätigkeit von sächsischen Polizeieinheiten mit einer CS-Granate beschossen.

Wir verweisen hier auch auf die Pressemitteilung der Freien Radioinitiative Schleswig-Holstein, die diesem Schreiben anhängt.

Als Bundesverband Freier Radios (BFR) nehmen wir mit großer Besorgnis zur Kenntnis, dass die staatlichen Organe in Schleswig-Holstein anscheinend die unabhängige Berichterstattung über ihr Tun unterbinden wollen.

Zudem befremdet es uns, dass der Bürger_Innenfunk und Sie als Leiter dieses durchsichtige Spiel der Polizei aus vorausgehendem Gehorsam mitmachen oder diese Aktivitäten sich einfügen in Umstrukturierungsmaßnahmen des OK, die weg vom demokratischen Partizipationsfunk und hin zu einem Ausbildungsfunk führen. Als Beispiel sei hier die Schließung des Studios von Radio Bad Segeberg angeführt.

Im Besonderen irritiert uns auch, dass dabei ein hochrangiger Funktionär der im DGB organisierten Gewerkschaft der Polizei Schleswig-Holstein, einer ihrer Stellvertreter Herr Malchow, diese demokratiefeindliche Medienpraxis betreiben möchte. Dies wäre zugleich ein Schlag ins Gesicht der antifaschistisch engagierten Gewerkschafter_innen. Wir erwarten deshalb eine klare Stellungnahme der schleswig-holsteinischen DGB-Gewerkschaften im Sinne des Erhalts demokratischer Medienstandards.

Wir fordern:

- die sofortige Rücknahme der Sendegenehmigung für den „Polizeifunk“
- keine weitere Behinderung von kritischer Berichterstattung durch die Polizei
- eine distanzierende Stellungnahme durch die DGB-Gewerkschaft GdP

Für Rückfragen dazu stehen wir gern zur Verfügung. Bitte beachten Sie die Pressemitteilung der Freien Radioinitiative Schleswig-Holstein im Anhang.

Jochen Lüttich

Vorstand Bundesverband Freier Radios

Marburg, 21. März 2012

- Anhang -

Pressemitteilung der "Freien Radioinitiative Schleswig-Holstein"

Lübeck/Kiel Zum Naziaufmarsch am 31. März in Lübeck will die Polizei den Offenen Kanal Lübeck zum eigenen Verlautbarungsorgan umfunktionieren. Der Offene Kanal Schleswig Holstein AöR (OKSH) unterläuft derzeit in infamer Art und Weise die bereits formell angemeldete und redaktionell vorbereitete Live-Berichterstattung, die Mitarbeiter_innen des Offenen Kanals Lübeck zum Naziaufmarsch und den antifaschistischen Gegenaktivitäten am 31. März 2012 planen.

Der OKSH hat entschieden, dass zwei Polizisten an diesem Tag die Hälfte der angemeldeten Sendezeit für eigene Berichterstattung erhalten sollen. Der OKSH stellt sich dabei auf den Standpunkt der Beamten, sie würden als „Privatpersonen“ senden und daher keine Berichterstattung im Sinne der Polizei machen.

Dass Polizeibeamte in ihrer „Freizeit“ im Bürgerfunk über einen sehr heiklen Polizeieinsatz berichten sollen, wurde den Sendenden des Offenen Kanals Lübeck während eines Vorgesprächs durch Peter Willers, Leiter des OKSH, mitgeteilt. Die ursprünglich angemeldete Sendezeit soll demnach um 2 Stunden reduziert werden, die andere Hälfte der Berichterstattung soll von den zwei Polizisten bestritten werden. Zum Sendekonzept wurde während des Gesprächs erläutert, es sollten „Kolleginnen und Kollegen im Einsatz zu Wort kommen“, die Einsatzleitung der Polizei solle interviewt werden, außerdem sei vorgesehen, „Angehörige von im Einsatz befindlichen Polizisten“ live im Radio zu befragen.

„Der OKSH plant allen Ernstes, über den Offenen Kanal Lübeck eine unmittelbare Polizeiberichterstattung zu senden“, kritisiert die Freie Radioinitiative Schleswig-Holstein, ein Zusammenschluss von Radioaktivist_innen. „Anstatt die demokratische Aufgabe eines Offenen Kanals ernst zu nehmen, nach journalistischen Kriterien über politische Ereignisse zu berichten und dabei auch das Verhalten staatlicher Stellen kritisch zu beleuchten, soll die Berichterstattung am 31. März direkt in Polizeihand genommen werden.“ Dass die Polizei über ihren eigenen Einsatz im Radio berichten wolle, sei geradezu grotesk, so die Initiative. „Sollte die Polizei die Unabhängigkeit der Medien wirklich derart mit Füßen treten, wird dies ein politisches und juristisches Nachspiel haben.“

Das derzeitige Geschehen im OKSH hat eine längere Vorgeschichte: Im Januar 2005, als in Kiel ein Naziaufmarsch stattfinden sollte und der Offene Kanal Kiel dazu eine Live-Berichterstattung plante, ließ die dortige Leitung auf Weisung der Polizei über Nacht die Schlösser zu den Sende- und Redaktionsräumen auswechseln. Die Redaktion stand am nächsten Morgen vor verschlossenen Türen, die Berichterstattung konnte nicht stattfinden.

Als im März vergangenen Jahres Nazis in Lübeck aufmarschierten, rief die Polizei bereits vor dem eigentlichen Sendetag zwei Mal im Offenen Kanal an und gab dabei Hinweise, wie die Berichterstattung abzulaufen habe. Am Tag der Sendung versuchte die Polizeipressestelle „auf Anordnung des Leiters der Befehlsstelle“ bei der Leitung des Offenen Kanals zu erreichen, dass die „eskalative Berichterstattung“ umgehend beendet würde. Generös live auf Sendung genommen, führte ein Polizeisprecher zur Begründung an, von den Sendenden sei eine falsche Anzahl der im Einsatz befindlichen Wasserwerfer veröffentlicht worden. Er selber wollte allerdings keine richtige Anzahl nennen. Auf zwei Berichterstatte_innen wurde an diesem Tag außerdem eine CS-Reizgasgranate abgefeuert, woraufhin sie beide zu Boden gingen.

„Dass Medien eine demokratische Kontrollinstanz sind und sein sollen, um Legislative, Judikative und Exekutive kritisch zu hinterfragen, scheint die politisch Verantwortlichen in Lübeck und Kiel nicht zu interessieren“, so die Freie Radioinitiative Schleswig-Holstein. „Der unverfrorene Versuch, einen staatlichen Verlautbarungsrundfunk durchzudrücken, verstößt klar gegen das Grundgesetz. Wir können den Verantwortlichen nur raten, noch einmal in ihrer Behördenbibliothek das Stichwort `Staatsferne des Rundfunks` nachzuschlagen.“

Freie Radioinitiative Schleswig-Holstein

Lübeck-Kiel, 07. März 2012

Pressekontakt für weitere Informationen:

Lars Rathje-Juhl

- Freie Radioinitiative Schleswig-Holstein -

Mobil: 0176 444 588 74

larsrathje-juhl@web.de